



Österreich



Abtreibung in Salzburger Spitälern?

70% der SalzburgerInnen wollen, dass in Spitälern Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden. SEITE 2

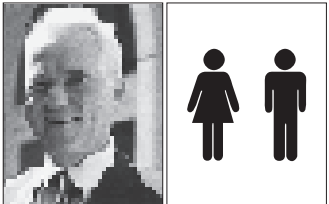
Betrieb & Gewerkschaft



Herbstlohnrunde 2004: Urabstimmung notwendig

Vor den Lohnrunden im Herbst nimmt die Gewerkschaft den Mund wieder voll, doch das kennen wir bereits aus den vergangenen Jahren. Urabstimmung statt Geheimverhandlungen wären angesagt. SEITE 3

Schwerpunkt



Reichtum und Armut in Österreich

„Österreich ist steinreich“ schreibt das Wirtschatsmagazin trend. Davon haben allerdings jene 400.000 Menschen, die an oder unter der Armutsgrenze leben herzlich wenig. SEITEN 4/5

Internationales



Deutschland: 4. Hartzattacke tödlich!

Deutschland wird von einer Welle des Protests überzogen. Die „Hartz IV“ genannten Angriffe auf Arbeitslose brachten das Fass zum überlaufen. Jeden Montag marschieren nun Zehntausende. SEITE 7

Von Sonja Grusch,
SLP Wien-Nord

Thomas Klestil war der Paradedepensionist für die Bundesregierung. Knapp vor Pensionsantritt verstarb er. Wenn Sie das für zynisch halten, zeigt Ihnen ein Blick auf die Maßnahmen der Regierung, wo die wahren ZynikerInnen sitzen. Nach dem Pensionsraub 2003 holen Schüssel&Co. unter dem Stichwort „Pensionsharmonisierung“ zum nächsten Schlag aus. In Kombination mit der „Gesundheitsreform“ und den Angriffen auf Arbeitszeit und Arbeitslose führt der Weg direkt zurück in die 30er Jahre. Die Regierung plant die Zerschlagung des Sozialstaates. Dabei ist sie auch bereit, über Leichen zu gehen. Eine Überbreitung? Wenn Schwerstarbeiter 45 Jahre arbeiten müssen, um den vollen Pensionsanspruch zu haben, dann werden das die wenigsten erleben. Wenn im Gesundheitswesen „gespart“ wird, dann heißt das, dass Krankheiten später erkannt und schlechter behandelt werden können.

IST ES EINE SCHANDE ALT UND/ODER KRANK ZU SEIN?

Was bedeutet „Überalterung“? Das es schlecht ist, wenn Menschen alt werden! Tatsächlich sind Menschen im profitorientierten Kapitalismus nur interessant, solange sie „etwas leisten“. Sind wir krank oder alt, werden wir von der „Arbeitskraft“ zum „Kostenfaktor“. Die „Lösung“ im Kapitalismus: Die Lebensarbeitszeit wird verlängert und/oder die Pension gekürzt und/oder der Stress so erhöht, dass wir den Pensionsantritt nicht oder nicht lange überleben. All das beinhalten die „Reformen“ der Regierung. Die durchschnittliche Pensionshöhe liegt zur Zeit bei mageren 801 Euro. Pensionsexperte Steven Nay meint „Altersarmut, die in Eu-



ropa schon fast ausgerottet war, könnte zurück kommen.“ Im Gesundheitswesen wird bei Vorsorge und Rehabilitation gekürzt. Die Pflege soll wieder verstärkt von Angehörigen (meist Frauen) übernommen werden. Wir meinen: Was ist für eine kranke Gesellschaft ist das, in der es eine Schande ist alt und/oder krank zu sein!?

BARTENSTEIN & SCHÜSSEL:
VÖLLIG JENSEITS

Wirtschaftsminister Bartenstein erklärte die Forderung „45 Beitragsjahre müssen genügen“ sei „völlig überzogen“. Als Politiker kann Bartenstein mit 59 Jahren in Pension gehen, maximal wird er dann 36 Versicherungsjahre haben, seine Pensionshöhe liegt derzeit bereits bei 6.400 Euro. Das halten wir für „völlig überzogen“. Bundeskanzler Schüssel, der gern gegen angebliche „Besitzstandswahrer“ wettet war noch nie gezwungen, sich am Arbeitsamt um einen Job zu

bewerben. Seit Abschluss seines Studiums kam er in ÖVP- und ÖVP-nahen Organisationen unter. Aber er findet einen täglichen Arbeitsweg von zwei Stunden „zumutbar“ (klar, im Dienstauto ist das kein Problem). Er kann übrigens mit 56,5 Jahren in Pension gehen und bekommt mindestens 12.864 Euro/Monat.

REGIERUNG WILL ZURÜCK
IN DIE 30ER JAHRE

Was uns als „Pensionsharmonisierung“ verkauft wird, ist nichts anderes als das endgültige Aus für eine soziale Absicherung im Alter. Schon im Jahr 2000 hatten nur mehr 3% ein sehr hohes Vertrauen in die staatliche Pensionsvorsorge. Aber wie realistisch sind die private und betriebliche Pensionsvorsorge? Bei United Airlines in den USA wird gerade versucht die betriebliche Pension für 35.000 PensionistInnen zu streichen. Und können Sie sich eine private Pensions-

vorsorge leisten? Laut Sozialbericht 2001/2 leben 43% der Bevölkerung nur mit niedrigem oder sehr niedrigem Lebensstandard. Für eineN NationalratsabgeordneteN mit 14x 7613,10 Euro brutto ist die private Pensionsvorsorge kein Problem. Für Spitzenmanager mit Jahreseinkommen von 3-400.000 auch nicht. Für eine AltenfachbetreuerIn (Durchschnittliches Einstiegsgehalt ab 1000 Euro brutto/ Monat), eineN Einzelhandelskaufmann/frau (864.- Euro) oder eine Bauhilfskraft (726.- Euro) sieht das anders aus. Ganz zu schweigen von den weit über 200.000 Arbeitslosen, den Teilzeitbeschäftigten und den prekär Beschäftigten. Da reicht das Geld oft nicht einmal für die laufenden Kosten.

FÜR EINE ECHTE
PENSIONSREFORM

Jeder Mensch hat das Recht auf eine menschenwürdige Alters- und Gesundheitsversor-

gung. Niemand soll bis zum Umfallen arbeiten müssen und niemand soll sich dafür schämen müssen, alt oder krank zu sein. Die Gesellschaft ist insgesamt reich genug, um sich das zu leisten! Eine echte Pensionsharmonisierung müsste daher eine Arbeitszeitverkürzung, eine Senkung des Pensionsantrittsalters sowie eine Mindestpension von 1100.- Euro netto sein. Finanzierbar ist eine solche echte Harmonisierung durch eine echte Besteuerung von Unternehmen und Vermögen, die es ja zur Zeit in Österreich praktisch nicht gibt.

Erreichbar ist eine solche echte Harmonisierung durch kämpferische Gewerkschaften in denen FunktionärInnen nicht im Penthouse wohnen, sondern so leben wie ihre Mitglieder. Gewerkschaften, welche die unmenschliche Profitlogik nicht einfach akzeptieren, sondern für eine bessere Gesellschaft kämpfen. (mehr zum Thema S. 4/5).

Der Standpunkt

Sind wir nichts als ProduzentInnen?

von Sonja Grusch



In den Sommermonaten wurde das Thema "Homosexualität" – in verschiedenen Facetten – in der Öffentlichkeit behandelt. Eine Allianz aus Kirche, Rechtsextremen, konservativen Bürgerlichen und religiösen FanatikerInnen fürchtet offensichtlich das Ende der Menschheit.

Aufregung innerhalb der katholischen Kirche rund um den Skandal im Priesterseminar St. Pölten gab es nicht etwa wegen der Kinderpornografie, sondern wegen homosexueller Beziehungen! Ein typisches Beispiel für die Scheinmoral der Weihrauchkesselschwinger.

Für die radikalen AbtreibungsgegnerInnen ist Homosexualität "die größte Gefahr der Menschheit". Die FPÖ-Jugendorganisation RFJ führte eine Kundgebung "gegen die Homo-Ehe und ein Adoptionsrecht von schwulen oder lesbischen Paaren" durch. Unterstützt wurde der RFJ vom rechtsextremen BFJ (siehe Rückseite). In der ÖVP gibt es inzwischen zwar Stimmen die der Partei mit diesem Thema ein liberaleres Mäntelchen umhängen möchten. Gleichzeitig gaben allerdings gewichtige VP-PolitikerInnen Stellungnahmen zur Homosexualität zum Besten, bei denen einem nur schlecht werden kann.

Es ist nicht verwunderlich, dass das rechte Lager den Menschen das Recht abspricht, über die Form ihrer Sexualität frei zu entscheiden. Rechte Ideologien sprechen insgesamt den Menschen das Recht ab, ihr Leben und ihre Arbeit selbst zu bestimmen. Für sie sind wir offensichtlich bloße ProduzentInnen. Entweder sollen wir in unserem Job Produkte oder Dienstleistungen für den Profit produzieren, oder wir sollen Kinder – also künftige ProduzentInnen – produzieren. In diesem Zusammenhang wird uns vieles als unveränderlich, natürlich oder von Gott gegeben präsentiert: Die "heilige" Familie, die kapitalistische Ausbeutung, autoritäre Herrschaftsstrukturen ... Tatsächlich sind all diese Dinge im Laufe historischer Prozesse entstanden und deshalb auch wiederum beseitigbar. Genau das streben wir an. "Natürlich" wäre es aus unserer Sicht nämlich, wenn Menschen grundsätzlich in die Lage versetzt werden ihr Dasein und ihre Sexualität selbst zu bestimmen – auch jenseits tradiertener Bilder der angeblich ewigen, heterosexuellen Mann-Frau-Kinder-Familie.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP) Sitz der Redaktion: 1070 Wien, Kaiserstraße 14/11; Chefredaktion: John Evers Druck: Druckerei Fiona, Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733 DVR: 0820202

Kein Zurück zum 16 Stundentag!

Arbeitszeitverlängerung führt vor allem zu einem: Mehr Arbeitslosigkeit

Von Laura Rafetseder, SLP Wien-Mitte

Markus Beyrer, neuer Generalsekretär der Industriellenvereinigung und jahrelanger wirtschaftspolitischer Berater Wolfgang Schüssels, spricht sich für eine Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit bei gleichbleibendem Gehalt aus. Umgesetzt werden soll das durch die Abschaffung von Fenster- und Feiertagen. Auch der neue Chef der Industriellenvereinigung Veit Sorger meint: "Das Thema Mehrarbeit darf kein Tabu sein, wenn es darum geht, Unternehmen und Jobs in Österreich zu halten". Sein nächstes Ziel: Ab Herbst soll die tägliche Normalarbeitszeit wieder zehn Stunden betragen können. Frech behauptete Sorger sogar, dass dies bei den ArbeitnehmerInnen auf Verständnis stoßen würde. Tatsächlich arbeiten schon jetzt 43 Prozent der Beschäftigten länger als 40 Stunden pro Woche. Eine AK-Studie stellte nun – entgegen Sorgers Behauptung – bei diesen ArbeitnehmerInnen fest, dass mit steigender Stundenzahl die Arbeitszufriedenheit massiv sinkt. (vgl.: Standard 25.8.2004; www.arbeiterkammer.com)

WARUM SOLLEN WIR LÄNGER ARBEITEN?

In Gang gesetzt wurde die Diskussion um längere Arbeitszeiten von Siemens in Deutschland durch die dortige Verlängerung der Arbeits-

43 Prozent aller ArbeitnehmerInnen arbeiten schon jetzt länger als 40 Stunden pro Woche.

woche von 38 auf 40 Stunden. Mehr Geld erhalten die Siemens Mitarbeiter jetzt allerdings nicht – sie müssen für das selbe Geld länger arbeiten. Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich ist für die Unternehmen ein Mittel um Personalkosten zu sparen. Seit Beginn des Kapitalismus versuchen die Unternehmen auf der einen und die ArbeitnehmerInnen auf der anderen Seite die Arbeitszeiten zu ihren Gunsten zu verändern. Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich war und ist eine traditionelle Forderung der ArbeiterInnenbewegung. Indem die vorhandene Arbeit auf alle aufgeteilt wird, kann Arbeitslosigkeit bekämpft und verhindert werden, dass nur die Chefs der großen Konzerne vom technischen Fortschritt und der Steigerung der Produktivität profitieren. Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich hingegen bedeutet ein Zurück



ins 19. Jahrhundert: Wenn wir 10 Stunden für weniger Lohn arbeiten "können", warum nicht auch 12, 14 oder 16 Stunden pro Tag?

WAS WOLLEN ARBEITNEHMERINNEN?

Eine andere Strategie der Unternehmen um Lohnkosten zu drücken ist es, ArbeitnehmerInnen, vor allem Frauen, in Teilzeitjobs zu drängen. Unter dem Vorwand "Beruf und Familie vereinbaren" wird mit der Teilzeitfalle gelockt: Überstundenzuschläge fallen hier meist ebenso weg, wie Arztbesuche während der Dienstzeit etc... Für die Betroffenen bedeutet das Armut trotz Arbeit, Abhängigkeit vom Partner, niedrige Pensionen. Das Problem "Beruf und Familie vereinbaren" ließe sich allerdings aus Sicht der Beschäftigten wesentlich besser durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnaus-

gleich sowie entsprechende Kinderbetreuungsmöglichkeiten lösen. Wir fordern darüber hinaus das Recht auf einen Vollzeitbeitsplatz für jede/n

WIE DIE ANGRIFFE ABWEHREN?

Die Angriffe auf die Arbeitszeiten in Deutschland fanden unter der Drohung der Standortverlagerung statt. Europäische Kollektivverträge, Mindestlöhne und gesicherte Sozialstandards könnten demgegenüber Lohndumping verhindern. Dazu ist eine internationale Kampfstrategie der Gewerkschaften nötig die eine Spaltung von Belegschaften in Ost- und West bzw. entlang nationaler Linien verhindert. Nötig ist aber auch ein ÖGB der bereit und imstande ist, Kämpfe erfolgreich zu führen anstatt immer neuen Flexibilisierungsmaßnahmen zuzustimmen. Mit entschlossenen

Streiks, die demokratisch organisiert werden, wo die Belegschaft durch Streikkomitees eingebunden wird und mit einer Führung die keine faulen Kompromisse eingeht, können Angriffe abgewehrt und Zugeständnisse erkämpft werden.

WOHER NEHMEN WENN NICHT STEHLEN?

Radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn würde bedeuten, dass die Banken und Konzerne auf große Teile ihrer Profite, die ohnehin von der ArbeiterInnenklasse erwirtschaftet werden, verzichten müssten. Das werden sie nicht freiwillig tun – wir müssen es uns schon erkämpfen. Dazu benötigen wir aber eine Systemalternative um nicht selbst klein beigeben zu müssen. Während die Arbeiter von Daimler Chrysler ein Sparpaket aufs Auge gedrückt bekommen, verdienen ihre Manager dort Millionengagen! Eine sozialistische Gesellschaft mit demokratisch geplanter Wirtschaft unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen könnte bedeuten, dass der Arbeitstag radikal verkürzt wird, eine gesicherte Existenz aber dennoch möglich ist.

TERMIN

Mittwoch, 30.9.2004, Wien

DISKUSSION: "Arbeitszeitverlängerung und Gegenwehr", 19⁰⁰ UHR, SLP WIEN-MITTE

Schwangerschaftsabbrüche jetzt auch in Salzburgs Spitälern?

Rund 70% der Salzburger Bevölkerung sind dafür, nur die ÖVP droht mit Koalitionsbruch.

Von Johanna Harms, SLP-Salzburg

Über dreißig Jahre sind vergangen, seit in Österreich die Fristenlösung eingeführt wurde. Damals spielte die SPÖ eine fortschrittliche Rolle, da sie sich für deren Einführung einsetzte. Trotz der rechtlichen Möglichkeit eines Schwangerschaftsabbruches wird es Frauen aber immer noch sehr schwer gemacht abzutreiben. Es existieren keine oder wenige öffentliche Einrichtungen und die (meist sehr hohen) Kosten (durch private Anbieter) werden nicht von der Krankenkasse übernommen. Für Frauen aus westlichen Bundesländern ist es fast unumgänglich nach Wien zu fahren um einen Schwangerschaftsabbruch durchführen zu lassen. Das soll sich nun ändern.

LANDESHAUPTFRAU FÜR SCHWANGERSCHAFTS-ABBRUCH IN SPITÄLERN?

Salzburgs SPÖ Landeshauptfrau Gabi Burgstaller sagt, dass sie Abtreibungen in Landesspitälern möglich machen will. Dies stößt natürlich

auf Widerstand seitens der ÖVP. Vor allem VP-Chef Haslauer ist dagegen und droht sogar mit Koalitionsbruch. Unterstützung erhält er von der Organisation "Jugend fürs Leben", inoffizielle Jugendorganisation von HLI, die durch Psychoterror versuchen, Frauen von Schwangerschaftsabbrüchen abzuhalten und mit Kirche, FPÖ und ÖVP zusammenarbeiten. Dass Burgstaller trotzdem an der Koalition mit der erreaktionären ÖVP festhält, lässt die Strategie der SPÖ zur Durchsetzung von Frauenrechten als äußerst zweifelhaft erscheinen.

WAS IST ZU TUN?

Man/Frau müsste mobilisieren und die Bevölkerung aufklären, den öffentlichen Druck auf Ärzte/innen reduzieren, die Frage der Kostenübernahme stellen und eine Schutzzone rund um Abtreibungskliniken bilden um alle Betroffenen zu schützen. Dieser Kampf kann nicht im Landtag geführt werden. Er muss in der Öffentlichkeit ausgetragen werden! Dies ist natürlich schwierig, wenn die eigene Partei einem in den

Rücken fällt, so wie Parteichef Gusenbauer, der die reaktionäre Organisation "Jugend 4 family" unterstützte. Es zeigt deutlich dass das Programm der SPÖ weder einheitlich noch sozialistisch ist, und man/frau sollte sich auch keine Illusionen in die Richtung machen, Burgstaller wäre die neue linke Stimme der SPÖ. Denn gleichzeitig betreibt auch sie massiven Sozialabbau und fällt damit vielen Frauen (und auch Männern) in den Rücken.

Dennoch begrüßen wir jede Initiative zu Durchsetzung von Frauenrechten.

Unsere Forderungen:

- Abtreibung auf Krankenschein
- Kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln
- Die Möglichkeit, in jedem Bundesland Abtreibungen durchführen zu lassen

TERMIN

Montag, 28.09.2004, Salzburg

DISKUSSION "Abtreibung ist Frauenrecht", 18⁰⁰ UHR, Ort auf Anfrage, Tel. 01/524 63 10

SLP aktiv für Frauenrechte: Hier eine Kundgebung zum Frauentag 2004

Urabstimmung statt Nulllohnrunde und Geheimverhandlungen!

Im Herbst steht wieder eine Runde von Kollektivvertragsverhandlungen an. Wie werden sich die Gewerkschaften positionieren?

Von Albert Kropf,
SLP Wien-Mitte

Nicht erst seit der Schwarzblauen Regierung prasseln auf die Arbeitnehmer Verschlechterungen nieder. Kaum einer ist nicht von den Kürzungen, Flexibilisierungen etc. betroffen und spürt nicht die Belastungen am eigenen Konto. Am 23. September beginnen mit der Übergabe der Gewerkschaftsforderungen die Kollektivvertragsverhandlungen für die 145.000 Beschäftigte in der Metallindustrie. Dieser Abschluss gilt als richtungsweisend für die anderen Branchen.



Wird der ÖGB diesmal richtig mobilisieren oder lässt er die Menschen nach großen Worten wieder im Regen stehen.

MAGERE ABSCHLÜSSE

Die Abschlüsse der letzten Jahre waren äußerst mager und führten zu Reallohnverlusten. Am Ende stellte sich jedes Mal heraus, dass die Verteuerung und neuen Belastungen nicht durch die Erhöhungen des Kollektivvertrags ausgeglichen werden konnten. Vor rund einem Jahr konnte für Deutschland und Österreich nachgewiesen werden, dass die Berechnung der offiziellen Inflationsrate nicht der Realität entsprach. Die zu Grunde liegenden Produkte waren nicht mehr zeitgemäß und die reale Inflationsrate ist um 2 bis 3 Prozentpunkte höher als die Offizielle (Kurier: 20.8.2003).

VOLLMUNDIGE VERSPRECHEN

Die Gewerkschaftsspitze hat immer wieder höhere Abschlüsse angekündigt, welche die Belastungen der Regierung aufwiegen sollen. Vor gerade einmal einem Jahr - im Zuge der Streiks gegen den Pensionsraub - versprach Fritz Verzetnisch die Mehrkosten für die privaten Zusatzversicherungen bei den Kollektivvertragsverhandlungen wieder reinzuholen. Passiert ist das bis heute nicht. Ganz anders die Gegenseite. Wirtschaft und Regierung haben das mediale Sommerloch benutzt, um ein Sperrfeuer zu eröffnen. Nichts und niemand ist dabei verschont geblieben.

Mal war es die Industriellenvereinigung mit Veit Sorger, mal die Regierung mit Minister Bartenstein oder wie jüngst die Wirtschaftskammer mit Christoph Leitl. Die Palette der Angriffe reicht dabei von einer Ausdehnung der Wochenarbeitszeit, über weitere Arbeitszeitflexibilisierung bis hin zur Infragestellung des 13. und 14. Gehalts, das im Kollektivvertrag verankert ist.

WIE EIN KANINCHEN VOR DER SCHLANGE?

Von Seiten der Gewerkschaftsspitze war dabei peinlich wenig zu vernehmen. So wenig, dass sogar Teile der Wirtschaft (wie Siemens

Österreich Chef Albert Hochleitner) einige der Forderungen als nicht zweckdienlich bis absurd zurückweisen mussten (Profil: Nr. 34). Anstatt offensiv auf diese Angriffe zu reagieren, erstarrt die Gewerkschaftsbürokratie wie das Kaninchen vor der Schlange. Eine denkbar schlechte Ausgangsposition für die kommenden Verhandlungen!

STIMMEN SIE DEN LOHNABSCHLÜSSEN ZU?

Erlauben kann sich dieses Vorgehen die Gewerkschaftsbürokratie nur aufgrund einer völlig undemokratischen Struktur und Arbeitsweise des ÖGB. Die überwiegende

Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder hat weder Einfluss auf die Politik des ÖGB, noch hat sie die wirklich die Möglichkeit an entscheidenden Wahlen teilzunehmen. Oder wurden sie schon einmal um ihre Zustimmung zu einem Kollektivvertragsabschluss befragt? Ich in den mich betreffenden 15 Jahren auf jeden Fall nicht! Dabei sind immer mehr Arbeitnehmer direkt vom Ausgang dieser Verhandlungen betroffen. Wurden 1981 noch über 33% der unselbständig Beschäftigten über dem kollektivvertraglich vereinbarten Lohn hinaus bezahlt, sackte dieser Anteil bis 1998 auf knappe 20% ab.

FÜR OFFENE VERHANDLUNGEN UND URABSTIMMUNGEN!

Anstatt geheimen Verhandlungen am runden Tisch, fordern wir volle Transparenz und Urabstimmung über das Ergebnis. Die Betroffenen sollen entscheiden, ob sie mit diesen Erhöhungen leben können oder nicht. Die Zeit ist mehr als reif für demokratische und kämpferische Gewerkschaften!

TERMIN

Freitag, 10. September, Wien

DISKUSSION: "Grenzenlose Solidarität? Der ÖGB und MigrantInnen", 19³⁰ Uhr, SLP Wien-Süd

Die Angriffe von Regierung und Unternehmen auf die Beschäftigten und Arbeitslosen werden frecher. Immer mehr Menschen haben das Gefühl, dass "die da oben" völlig rücksichtslos drüberfahren. Der ÖGB aber beschränkt sich im wesentlichen auf Presseaussendungen. Für Herbst - wo mit Gesundheitsreform und Pensionsharmonisierung die nächsten Angriffe auf den Lebensstandard geplant sind - hat der ÖGB noch keine konkreten Pläne für Widerstand.

Von John Evers und Sonja Grusch,
SLP Wien-Nord

Innerhalb des ÖGB wachsen die Spannungen. Ein führender Funktionär einer Fachgewerkschaft, der wegen des wachsenden internen Drucks lieber anonym bleiben möchte, meint dazu: "Im ÖGB gibt es die, die immer noch auf die Sozialpartnerschaft hoffen, und die, die verstanden haben, das sie tot ist. Wir können nur was durchsetzen, wenn wir kämpfen." Beim jüngsten AUA-Konflikt wurden diese beiden Denkmuster deutlich. Die AUA-BordkollegInnen standen, gemeinsam mit ihrer Vertretung in der HTV, für einen kämpferischen Kurs. Wie schon 2003 ließen sie sich auch durch Drohungen nicht einschüchtern und traten am 13. August in einen mehrstündigen Warnstreik. Nachdem von Vorstand und Medien behauptet wurde, es gäbe vom ÖGB keine Unterstützung für den Streik, hüllte sich der ÖGB in Schweigen. Natürlich "dürfen" die KollegInnen auch ohne ÖGB-Unterstützung streiken. Trotzdem wäre es notwendig gewesen, dass der ÖGB umgehend seine volle Unterstützung, inklusi-



Wann kämpft der ÖGB endlich?

ve Streikgeld und öffentlicher Solidaritätsaktionen, für den Streik erklärt hätte.

Auf unseren Protest an den ÖGB hin erhielten wir eine Antwort, wo uns Roswitha Bachner, leitende Sekretärin des ÖGB, über die "Aufgaben" des ÖGB informierte. "In erster Linie ist der ÖGB daran interessiert, dass es zwischen den Verhandlungspartnern am Verhandlungstisch zu einer Einigung

kommt." Das wiederholt die Linie von Verzetnisch, der 2003 meinte, seine Rolle sei die eines Vermittlers zwischen Beschäftigten und Unternehmen. Tatsächlich ist die Aufgabe der Gewerkschaft klar Seite zu beziehen und die Interessen der Belegschaft zu verteidigen. Wir meinen: Nicht zuletzt das Verhandlungsergebnis beweist wie recht die streikenden KollegInnen hatten.

DER ÖGB IST MEHR ALS EINE RECHTSSCHUTZVERSICHERUNG!

Häufig zieht sich der ÖGB auf die rechtliche Ebene zurück und hofft mittels Klagen und Anwälten etwas zu erreichen. Der neugewählte Betriebsrat bei Veloce wurde vom Geschäftsführer geklagt. Die Unternehmensseite wird von der Wirtschaftskammer, die BetriebsrätInnen von der GPA vertreten. Es ist ein Musterprozess, bei dem es um die Frage geht, ob Freie DienstnehmerInnen das Recht auf einen Betriebsrat haben. Zweifellos ist der Prozess wichtig - aber gewonnen werden Kämpfe nicht im Gerichtssaal. Gesetze und selbst Urteile spiegeln immer auch einen gesellschaftlichen Druck wieder. Solchen Druck z.B. in Form in einer Demonstration zu organisieren, wäre auch eine der Aufgabe der GPA. Die "Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften", ein überfraktioneller Zusammenschluss von GewerkschafterInnen gegen den zahnlosen Kurs des ÖGB, plant für Herbst Aktionen und Veranstaltungen mit dem Ziel, einen Kurswechsel im ÖGB herbeizuführen.

Ihr da oben ...

Sozialbetrug bei Billa?

Die Arbeiterkammer (AK) und ein früherer Manager erhoben in der ZiB 2 schwere Vorwürfe gegen den Handelskonzern Rewe (Billa, Merkur, Mondo, Penny, Emma, Bipa). So sollen Mitarbeiter etwa nur für zehn Stunden angestellt worden sein, obwohl sie 40 arbeiteten, um Finanzämter und Sozialversicherungsanstalten zu betrügen. Die Differenz würde über "Aushilfslöhne" bezahlt werden. Zudem gebe es laut AK "schwarze Kassen" und ein zweites Lohnauszahlungssystem. Die Mitarbeiter seien eingeschüchert worden, ihnen wurde mit fristloser Kündigung gedroht, hieß es in dem Bericht. (Aus: Die Presse, 28.8.2004)

Auf welcher Seite steht die "Solidarität"?

In der Sommernummer der ÖGB-Zeitung Solidarität ist ein Artikel mit folgender Überschrift abgedruckt: Billigkopien - Ramsch mit Marke. Von Modetaschen über WM Maskottchen bis zu Flugzeugersatzteilen: Produktfälschungen nehmen zu - und schädigen die Wirtschaft. Im folgenden ist ein Artikel abgedruckt wie er in jedem Magazin der Wirtschaftskammer so auch stehen könnte. Die Luxusgüterindustrie wird als armes Hascherl dargestellt, mit deren "Leiden" sich der ÖGB offensichtlich voll identifiziert. Lediglich bei einem Foto findet sich ein verschämter Hinweis, dass auch Strassenhändler "nichts davon" haben. Kein Wort über die unglaubliche Ausbeutung der Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika egal ob diese Luxusgüter oder Fälschungen herstellen müssen um zu überleben. Infos hätte die Solidaritätsredaktion allerdings ganz leicht finden können: Verschiedene Fachgewerkschaften unterstützen nämlich entsprechende internationale Kampagnen wie z.B. "clean clothes".

Alpbacher Gespräche: Kapitulierte Lafontaine?

Die "Grenzen des All-Inclusive Staates" war das Motto der diesjährigen Alpbacher Reformgespräche. Kommentare wie vom Business-Editor des britischen "Economist", Matthew Bishop waren dort ohnehin zu erwarten. Dieser lobte die Politik Thatchers geradezu als europäisches Modell. Doch auch Oskar Lafontaine lavierte dort um zentrale Fragen herum: Aus seiner Sicht "gebe es keine eindeutige Antwort auf die Frage, welche Universaldienste künftig vom Staat und welche privat erledigt werden sollten". Lediglich "sollte es immer gewisse, von staatlicher Seite kontrollierte Rahmenbedingungen geben, in denen sich die Privatisierungen abspielen sollen", berichtete der Kurier am 24.8.2004.

... wir da unten!



Friedrich Karl Flick
+213 Mill. EUR (2003-2004)



Fürst Liechtenstein
+116 Mill. EUR (2003-2004)



H. Horten-Charmat
+109 Mill. EUR (2003-2004)

Geld ist genug da. Es ist nur in den falschen Händen!

“Ja, die Reichen werden immer reicher, und es gibt viele davon. Was sich Durchschnittsverdiener nur schwer vorstellen können und auch angesichts des täglichen politischen Diskurses über angeblich leere Kassen kaum zu glauben ist: Österreich ist steinreich.” (Wirtschaftsmagazin trend 0708/2004)

Von Michael Gehmacher,
SLP-Gewerkschaftssprecher

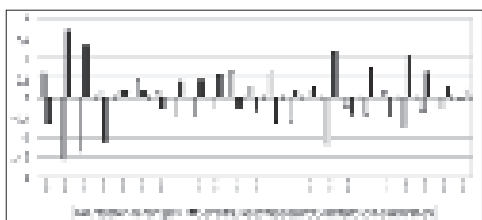
In Österreich existiert nichtstaatliches Geld- und Sachvermögen im Wert von rund 2100 Mrd. Euro – und täglich wird es mehr. Doch obwohl es letztlich alleine die ArbeiterInnenklasse ist, die den Reichtum einer Gesellschaft erarbeitet, spürt die Masse der Bevölkerung von diesem Reichtum nichts. Eine Studie hat nun viele Entwicklungen zu Armut und Reichtum in Österreich zusammengefasst, auf die auch die SLP immer wieder hingewiesen hat. (www.politikberatung.or.at/studien_armutreichum)

JEDES JAHR 71 MILLIARDEN MEHR!

Mit Jahresende 2003 errechnete die Österreichische Nationalbank (ÖNB) ein Geldvermögen in Österreich von insgesamt 1.322,9 Mrd. Euro aus. Das wären - bei gleichmäßiger Verteilung - pro Kopf 164.274 Euro (also rund 2,3 Mio. ATS). Wie aber ist dieses Vermögen verteilt? Mehr als zwei Drittel (71%) gehören Kapitalgesellschaften – also den großen Wirtschaftsunternehmen, Banken, Versicherungen, Investmentfonds und Pensionskassen. Von 1996 bis 2003 ist das Geldvermögen um fast eine halbe Billion (497 Mrd. Euro; 6.800 Millionen ATS) gewachsen. Das entspricht einem jährlichen Wachstum der Geldvermögen in Österreich von durchschnittlich 71 Mrd. Euro oder 8,6%. Damit wächst das Geldvermögen auch wesentlich schneller als das Bruttonationalprodukt! Profitiert haben davon allerdings wiederum nur Großanleger (+ 14,7% p.a.), während die normalen Spareinlagen nur jährlich um 1,85 Prozent wuchsen.

ZAHLEN ZUR VERTEILUNG VON EINKOMMEN

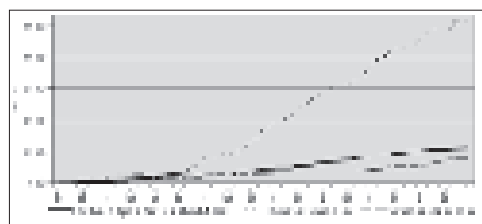
Das Bruttonational- oder Volkseinkommen (gemeint ist die Summe aller Wertschöpfungen soweit diese einer in Österreich lebenden Person zu kommen) gliedert sich in ArbeitnehmerInnenentgelte, Betriebsüberschüsse, Selbstständig- und Vermögenseinkommen.



Jährliche prozentuelle Veränderung des Anteils der Brutto-ArbeitnehmerInnenentgelte bzw. der Selbstständigeneinkommen und Brutto-Betriebsüberschüsse am BIP 1981-2003

Wie die Grafik zeigt sinkt der Anteil der ArbeitnehmerInnenentgelte am Volkseinkommen seit 1978. Die Brutto-ArbeitnehmerInnenentgelte (inkl. tatsächlicher Arbeitgeberbeiträge) betragen 2003 nur mehr 52% des Volkseinkommens. Und das obwohl es gegenüber den 70er Jahren etwa 600.000 mehr unselbständig Erwerbstätige gibt! Das Durchschnittseinkommen der ArbeitnehmerInnen lag 2001 bei 20.480 Euro brutto bzw. 15.400 netto pro Jahr (ArbeiterInnen 2001 16.680 brutto, Lehrling 6060 Euro brutto, Angestellte 23.100 brutto, und BeamtenInnen 33.840 brutto). Bei diesem Durchschnittswert sind die Einkommen leitender Angestellter mitgerechnet. Die Summe der Gehälter der untersten 30% Einkommensbezieher stiegen zwischen 1995 und 2001 nur um 1%, die Summe der Gehälter der obersten 5% der EinkommensbezieherInnen allerdings um 23%! Hinter allen diesen Zahlen verbergen sich folgende “Megatrends”: 1. Die Explosion von prekären Beschäftigungsverhältnissen, 2. Viel zu niedrige Lohnabschlüsse, 3. Immer unverschämtere Managergehälter und 4. Satte Unternehmensgewinne.

VERTEILUNG DER STEUERLAST
VERSTÄRKT UNGLEICHHEIT



Wachstum der wichtigsten Einkommen 1964-1998

Während die ArbeitnehmerInnen einen immer geringeren Teil am Volkseinkommen bekommen, wird die Steuerbelastung für die Masse der Bevölkerung immer stärker: 17,3 Mrd. an Lohn- und 29 Mrd. Konsumsteuern, stehen 4,3 Mrd. an Körperschafts- und 3,3 Mrd. Vermögenssteuern gegenüber. Zwei Drittel der Unternehmen zahlen überhaupt keine Körperschaftsteuer – diese wird zudem gerade von 34 auf 25% gesenkt. Während 13,3 Prozent der ArbeitnehmerInnenentgelte an den Staat gehen, sind es bei Selbstständigeneinkommen und Gewinnen nur 7,7 Prozent. Nur sechs Prozent des Steueraufkommens kommt aus Vermögenssteuern (Kapitalertragssteuer, Grundsteuer, Erbschaftsteuer). Fazit: Auch durch das herrschende Steuersystem wird zulasten der ArbeitnehmerInnen umverteilt.

UNGLAUBLICHER REICHTUM
IN PRIVATSTIFTUNGEN

“Bei einem Vermögen von 5 bis 10 Millionen Euro empfiehlt sich im Laufe der Zeit die Einrichtung einer österreichischen Privatstiftung” meint eine Studie eines liechtensteinischen Bankhauses und führt weiter aus “der Steuervorteil der Privatstiftung vergrößert sich, wenn der Umfang des Stiftungsvermögens zunimmt” (Hypoinvestbank, 2002). Eine Stiftung ist mit unglaublichen Steuerprivilegien verbunden. Völlig steuerfrei sind Dividenden aus in- und ausländischen Aktien, die direkt oder in österreichischen Fonds gehalten werden, alle Einkünfte aus Kursgewinnen von Anleihen, sowie Einkünfte aus Kursgewinnen direkt gehaltener Aktien. Wird eine Stiftungsmasse vererbt so entfallen nur ein Drittel der üblichen Steuern und diese nur einmal für die Gesamtdauer einer Stiftung (maximal 200 Jahre!). Das ist ein Grund warum die österreichische Privatstiftung bei reichen Familien so beliebt ist. Bis Ende 2003 wurden rund 2500 Privatstiftungen gegründet. Der Verband österreichischer Privatstiftungen beziffert den Wert auf 20-25 Mrd. Euro, andere Schätzungen gehen von ca. 45 Mrd. Euro aus!

IMMER MEHR ARMUT

1999 waren in Österreich 876.000 Menschen oder 11% der Bevölkerung, 2001 bereits 930.000 oder 12% der Bevölkerung akut von Armut bedroht. Fast zwei Drittel davon sind Frauen. Aktuellere Zahlen welche die Auswirkungen der asozialen Reformen der Regierung beinhalten, gibt das Sozialministerium zur Zeit nicht heraus! Akute Armut besteht, wenn zu den beschränkten finanziellen Verhältnissen auch Einschränkungen zur Abdeckung grundlegender Lebensbedürfnisse kommen: Zur Zeit sind davon mindestens 290.000 Menschen betroffen. Hauptursachen für Armut sind nach wie vor Arbeitslosigkeit und Ruhestand. Jede/r vierte PensionistIn galt bereits 2001 – also vor der letzten Pensionsreform – als akut gefährdet. Ein weiterer “Trend”: “Working poor”. Menschen die trotz einem Vollzeit(!)-Job arm sind gibt es auch in Österreich. Rund 5% aller Vollzeitbeschäftigten – vor allem AlleinerzieherInnen – waren 1999 von Armut bedroht.

ARMUT UND SOZIALABBAU
SIND KEIN NATURGESETZE!

Privatisierung, Sozialabbau, Arbeitslosigkeit

und Zerschlagung des Arbeitsrechts sind keine Naturgesetze – auch wenn es Politiker, Unternehmer und bürgerliche Journalisten oft so darstellen. Der mediale Trommelwirbel für “Reformen”, neoliberale Experten all das ist Teil einer klaren Strategie: Jener Anteil des von der Kapitalseite angeeigneten Mehrwerts, der über das Sozialsystem und die Löhne wieder an die ArbeiterInnenklasse zurückgegeben wurde, soll drastisch gesenkt werden um die Profitrate zu erhöhen. Oder anders ausgedrückt: Massive Umverteilung von unten nach oben.

TEURE ARBEIT, AUSUFERNDER SOZIALSTAAT?

Regelmäßig beklagen sich die Unternehmer über die hohen Lohn- und Lohnnebenkosten. Tatsächlich handelt es sich dabei vor allem um Beiträge an die Pensions- und Krankenkassen. Diese zu senken würde nichts anderes bedeuten, als dass zusätzliche Kosten für Gesundheits- und Pensionssystem von der ArbeiterInnenklasse zu bezahlen wären. Ein solcher Vorschlag alleine wäre natürlich schwer vermittelbar. Einher mit dieser Debatte gehen daher Forderungen nach Leistungssenkungen, bzw. neoliberale Konzepte, welche die bisherigen Versicherungssysteme überhaupt in Frage stellen. Ein Musterbeispiel dafür ist die mediale Dauerkampagne gegen das extrem effiziente österreichische Sozialversicherungswesen (Verwaltungsaufwand: 2,6%, Private Versicherungen: 15-25%). Ebenso ist die Behauptung der zu teuren Arbeitskosten eine Lüge! Aussagekräftig ist nämlich lediglich das Verhältnis der Löhne und Lohnnebenkosten zur Produktivität. Die hier maßgeblichen Lohnstückkosten sind in Österreich extrem niedrig und sanken laut OECD-Angaben zwischen 1995 und 2002 um 10,8%. Durch den enormen technischen Fortschritt stieg die Produktivität in Handel und Industrie zwischen 1995 und 2001 fast doppelt so stark wie die Kosten für das Personal (Quelle WIFO). Auch das Bild vom ausufernden Sozialstaat ist eine Fälschung. Der Anteil an Sozial- und Familienleistungen ist bereits seit 1997 rückläufig – was unter der SPÖ-Kanzlerschaft begonnen hat, setzt Schwarz-Blau weiter fort. Bedenkt man die steigenden Arbeitslosenzahlen und die Kosten für einzelne ideologische Maßnahmen der Regierung – wie das Kindergeld – kann man das Ausmaß des Kahlschlags am Sozialstaat der 70er Jahre erahnen.

DAS SYSTEM VERSAGT!

In manchen globalisierungskritischen Publi-



Österreich ist mit Westdeutschland vergleichbar.

kationen wird diese Entwicklung als Ergebnis einer Art Verschwörung des (Finanz-)Kapitals und der politischen Elite dargestellt. Tatsächlich sind die Angriffe auf den Lebensstandard der ArbeiterInnenklasse aber Ausdruck einer tiefen Krise des Kapitalismus und seines Versagens Wohlstand und Fortschritt für Alle zu sichern. Seit Mitte der 70er Jahre kennzeichnen extrem niedrige Wachstumsraten, Stagnation und Depression, sowie hohe Defizite und Sockelarbeitslosigkeit die ökonomische Entwicklung. Wo das Problem tatsächlich liegt beweist einmal mehr die jüngste Konjunkturprognose des neoliberalen Instituts für höhere Studien (IHS, August 2004). Extrem optimistisch werden dort 2,3 % Wachstum pro Jahr bis 2008 geschätzt. Hauptstütze der Konjunktur (zu 2/3) soll allerdings der private Konsum sein. Gleichzeitig wird das IHS nicht müde, die Notwendigkeit von Kürzungen und niedrigen Lohnabschlüssen zu "beweisen" – alles Einschnitte bei denjenigen die den Konsum ankurbeln sollen. Ein Kommentar im "Standard" hielt nicht ganz zu unrecht fest: "Immer mehr Analysten und Konjunkturforscher meinen, es könnte die "Rache des Shareholder-Value-Gedankens" sein: Die hohe volkswirtschaftliche Rechnung für die betriebswirtschaftlich zumeist sinnvollen Überlegungen, durch Personalabbau und Rationalisierungen die Produktivität zu steigern. Millionen Arbeitsplätze wurden in den späten 90er-Jahren aus diesem Titel gestrichen - und erst jetzt dämmert die Erkenntnis, dass damit auch die eigenen Kunden vor die Türe gesetzt wurden." (Standard, 08/07/2004).

WER BEZAHLT DIE RECHNUNG FÜR DIE KRISE?

Das der Kapitalismus auf Grund seiner auch im "Standard" beschriebenen Struktur zu Krisen führt, ist nicht neu. Die politische Frage die bleibt ist: Sollen die ArbeitnehmerInnen für eine Krise bezahlen die sie nicht verursacht haben? Sozialstaatliche Errungenschaften, Kollektivverträge, politische Rechte – all das waren Ergebnisse harter Kämpfe, bei denen es der ArbeiterInnenbewegung gelang durch kollektive Aktionen (Streiks, Besetzungen, etc...) das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu verändern. Eng damit verknüpft mit den Erfolgen der Bewegung vor vielen Jahrzehnten war allerdings auch die Existenz und Entwicklung von unabhängigen, sozialistischen Parteien welche kapitalistische "Sachzwänge" nicht akzeptierten und die Bewegung politisch vorantrieb und führte. Heute fehlt noch eine solche starke Kraft, die gegenüber Krise und Sozialabbau eine sozialistische Alternative anzubieten hat. Die SLP kämpft deshalb für eine neue sozialistische ArbeiterInnenpartei.

Offensiv gegen soziale Verschlechterungen Einige Vorschläge aus sozialistischer Sicht

Die – auch globale - Polarisierung von Armut und Reichtum ist ein zentraler Bestandteil des bestehenden Gesellschaftssystems. Längere Perioden des sozialen Fortschritts sind historisch gesehen eher die Ausnahme als die Regel. Die Menschheit war noch nie so "reich" und gleichzeitig so "arm" wie heute. Die Verteilung von Armut und Reichtum ist heute vor allem eine Frage des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses. Defensive Gewerkschaftspolitik und der Verbürgerlichungsprozess der Sozialdemokratie spiegeln sich - auch in Österreich - in der Vermögensverteilung, der Entwicklung der Lohnquote, etc ... wieder. Hier lautet das Motto offensichtlich: Zurück in die 20er und 30er Jahre.

Wer effizient gegen Armut kämpfen will (und das wollen zum Glück immer mehr), dem wir bald klar, dass dazu politische Mobilisierung notwendig ist. Doch dieser Faktor fehlt in fast allen Studien und Programmen zur Armutsbekämpfung. Gefordert wären hier vor allem die Gewerkschaften: Sie könnten anhand der bekannten Fakten und Daten ein Aktionsprogramm zur Umverteilung entwickeln. Dazu gehören nicht nur Forderungen, sondern auch ein Katalog von konkreten Kampfmaßnahmen zu deren Umsetzung.

WO MÜSSTE EIN AKTIONSPROGRAMM ANSETZEN?

Arbeitslosigkeit und die Offensive des Kapitals zur Senkung der Sozial- und Lohnkosten sind Knackpunkte bei der Frage der Entwicklung des Lebensstandards der ArbeiterInnenklasse. Die Möglichkeit zur Erwerbsarbeit ist daher ungemein wichtig. Niemand soll zur Arbeit gezwungen werden, aber es muss ausreichend sinnvolle Arbeit geben. Doch stattdessen werden Dienstleute, Verpacker in Supermärkten und andere sinnlose Tätigkeiten durch die verschiedenen Arbeitsmarktformen (wieder) eingeführt. Gleichzeitig gehen sozial abgesicherte Jobs im öffentlichen Dienst - Bildungs- und Sozialbereich, im Verkehr, bei der Post (...) - durch Privatisierungsmaßnahmen verloren. Hand in Hand damit gehen massive Leistungsverschlechterungen für die Allgemeinheit, aber auch der Verlust gewerkschaftlich gut organisierter Bereiche. Der Kampf gegen jede Privatisierung gehört daher zu den Schlüsselfragen für die Gewerkschaftsbewegung.

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG

Der technische Fortschritt der letzten Jahre ermöglicht schon längst eine radikale Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 30 Stunden. Genauso wichtig wie die Verkürzung selbst, ist dabei der volle Lohnausgleich und die Ablehnung der Flexibilisierung der Arbeitszeit. Ohne vollen Lohnausgleich (d.h. gleiches Geld wie für 40 Stunden), würde eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit nur eine Ausweitung der Teilzeitjobs bedeuten. Flexibilisierung ist schon heute der Jobkiller Nr. 1. In Frankreich

wurden die positiven Effekte der 35 Stunden Woche durch die gleichzeitig durchgeführte Arbeitszeitflexibilisierung praktisch gänzlich zu Nichte gemacht. Daher muss eine 30 Stunden Woche mit einem 6-Studentag einhergehen. Die Verkürzung der Arbeitszeit darf nicht zu einer Intensivierung der Arbeit (d.h. selbe Arbeit in 6 wie in 8 Stunden) führen! Daher ist ein voller Personalausgleich (d.h. Erhöhung der Belegschaftszahl um den selben Prozentsatz wie die Arbeitszeit reduziert wird) notwendig. Ebenso wenden wir uns gegen unnötige Sonn- und Feiertagsarbeit, vor allem gegen jede weitere Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten. Gemeinsames soziales Leben ist wichtiger als die Profite der Unternehmen. Schließlich ist auch eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit auf 35 Jahre sinnvoll und nötig: Neben den gesundheitlichen Aspekten bringt dies die Möglichkeit, die Erwerbsbiographie selbstständig zu gestalten.

FÜR EINE OFFENSIVE LOHNPOLITIK!

Innerhalb der ArbeiterInnenklasse gibt es eine große Lohnschere, die es zu schließen gilt. In vielen Branchen sind Löhne und Gehälter unzumutbar, beispielsweise im Gastgewerbe und der Dienstleistungsbranche. Die Beschäftigten sind dort auf massive Überstundenleistungen und Zweitjobs angewiesen. Diese "Working poor" entstehen erst durch die Kombination niedriger Löhne mit Arbeitszeitflexibilisierung und Verschlechterungen im Arbeitsrecht. Daher fordert die SLP einen Mindestlohn von 1100 Euro netto. Bei Jobs unter der Geringfügigkeitsgrenze muss streng auf die Einhaltung der KV's und die branchenüblichen bzw. firmenüblichen Überzahlung geachtet werden. Die/der Betroffene soll netto – also ohne Abzüge - bis zur Geringfügigkeitsgrenze verdienen können und das Unternehmen für alle Sozialversicherungskosten aufkommen. Bei den freien Dienstverträgen muss eine volle rechtliche Gleichstellung zu normalen Dienstverträgen erkämpft werden. Ein zweiter wichtiger Schritt wäre eine Auftragsgarantie in Form eines vereinbarten Stundenausmaßes.

NEIN ZUR TEILZEITJOBS!

Bei Teilzeitjobs ist ein zentrales Problem die häufige (für den Unternehmer billige) Mehrarbeit. Es ist keine Seltenheit, dass eine Handelsangestellte mit einem 15-Stundenvertrag 38,5 und mehr Stunden arbeiten muss. Diese Mehrarbeit bringt kaum Geld (eher Zeitsausgleich zu für den/die ArbeitnehmerIn meist nicht selbst bestimmbar Zeiten) und verunmöglicht den Betroffenen ihre Arbeitszeit zu planen. Mit einer im Dienstvertrag vereinbarten Wochenarbeitszeit soll sich der/die Betroffene auch auf eine tägliche Arbeitszeit im Ausmaß vereinbarte Wochenarbeitszeit durch 5 einigen (Bei einer 20 Stundenverpflichtung wäre der normale Arbeitstag 4 Stunden). Jede Arbeitszeit über dieses Tagesausmaß hinaus ist wie bei einem Vollzeitjob zu werten.

UMVERTEILUNG

Die SLP fordert Mindestarbeitslosengeld von 1100 Euro, plus eine anteilmäßige Erhöhung der entsprechenden Zuschläge. Gerade angesichts der steigenden Langzeitarbeitslosigkeit ist es unabdingbar, dass das Arbeitslosengeld fortlaufend bis zu einem neuen Job ausbezahlt werden. Damit würden 2 wichtige Ungerechtigkeiten der jetzigen Praxis der "Notstandshilfe" wegfallen: 1) Die Nichtgewährung der Notstandshilfe für viele ImmigrantInnen und 2) die jetzt übliche Anrechnung des PartnerInnen Einkommens auf die Höhe der Geldleistung. Durch Letzteres werden vor allem Frauen benachteiligt. Insgesamt sind – neben MigrantInnen - NotstandshilfebezieherInnen, bzw. deren PartnerInnen die von Armut am stärksten gefährdete Personengruppe. Für uns gibt es demgegenüber weder einen vernünftigen Grund jemandem der seinen Job verliert mit dem sozialen Absturz zu konfrontieren, noch jemandem nach 6-monatigem Arbeitslosengeldbezug noch einmal Geld weg zunehmen. Die Behauptung "dann arbeitet ja niemand mehr" ist angesichts der realen Arbeitsmarktlage nicht nur inhuman, sondern auch verlogen. Daher stehen wir auch für die Abschaffung aller Zumutbarkeitsbestimmungen. Nur der/die Betroffene soll entscheiden ob ein Job passt oder nicht.

WIE SOLLEN DIESE MASSNAHMEN FINANZIERT WERDEN?

Alle Zahlen beweisen, dass der Reichtum um das zu bezahlen in unserer Gesellschaft vorhanden ist. Die Abschaffung des Privatstiftungsrechts und volle Besteuerung des Stiftungsvermögens, könnte eine Mindestpension von 1.100 Euro für hunderttausende Menschen auf Jahre hinaus finanzieren. Viele andere Forderungen wie die Erhöhung der Vermögenssteuern, oder eine Wertschöpfungsabgabe hat der ÖGB seit Jahren beschlossen. Die Umsetzung scheitert an der mangelnden Kampfbereitschaft der Gewerkschaftsspitze, aber auch am Fehlen einer Gegenposition zur Logik kapitalistischer "Sachzwänge". Natürlich "schwächen" in dieser Logik alle vorgeschlagenen Maßnahmen "den Standort" und sind aus Unternehmer-sicht aus Wettbewerbsgründen unfinanzierbar. Erpressungsversuche der Unternehmenseite die mit Abzug und Betriebsschließungen drohen sind unabwendbar und können nur durch Vergesellschaftungsmaßnahmen verhindert. Deshalb kann Umverteilung weder an den nationalen, noch an den Systemgrenzen des Kapitalismus stehen bleiben. Ein internationaler Kampf für Mindestlöhne und Arbeitszeitverkürzung, gegen Lohndumping und Privatisierung ist ebenso nötig, wie ein glaubwürdiges Alternativkonzept zum Kapitalismus, dem Chaos und der Barbarei des Marktes. Wir treten deshalb für eine demokratisch geplante Wirtschaft, den Sozialismus ein.

Es ist wenig verwunderlich, dass Michael Moores neuer Film "Fahrenheit 9/11" in den USA Massen in die Kinos lockt, fällt doch sein Start in eine Zeit zunehmender Polarisierung der Gesellschaft. Dazu kommt, dass im November ein neuer Präsident gewählt wird.

Moore versteht es ausgezeichnet, auf der Gefühlsklavatur der Bush-GegnerInnen zu spielen und zeichnet ein Bild einer reichen, arroganten und abgehobenen Politikerkaste, der auf der anderen Seite normale Menschen gegenüberstehen. Als Fokus seiner Anklage dient George Bush.

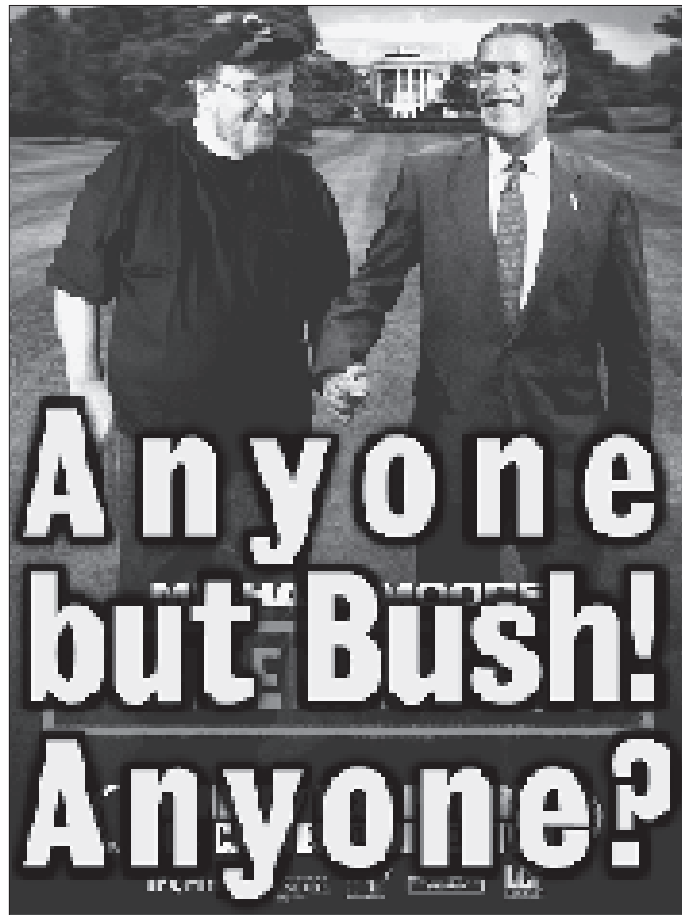
"Andere nennen euch Elite, ich nenne euch meine Basis", sagt Bush bei einer Versammlung von Multi-Millionären. Bushs Verbindung zu den Saudis – inklusive Familie Bin Laden wird ebenso aufgezeigt, wie seine Flucht vor sinkenden Umfragewerten – in den Urlaub.

Es gelingt Moore sehr anschaulich die Arroganz der Mächtigen zu zeigen. Moore konfrontiert Abgeordnete mit dem Patriot Act, jenem "Antiterror"gesetz, das – so zeigt der Film – dazu führt, dass harmlose Friedensgruppen infiltriert werden oder Menschen in Fitnesscentern bei privaten Plaudereien belauscht werden. Die Abgeordneten hätten das Gesetz gar nicht gelesen, bevor sie ihm zustimmten. Als Rechtfertigung bringt einer vor, dass – würden alle Vorlagen gelesen – das Regieren unmöglich wäre.

"DER KRIEG IST GUT FÜR'S
GESCHÄFT"

In einer anderen Szene – bei einer Konferenz zum Wiederaufbau des Irak – erläutert ein Geschäftsmann ohne rot zu werden: "Der Krieg ist gut fürs Geschäft. Ich meine, schlecht für die Menschen, aber gut fürs Geschäft."

Zwei Rekrutierungsoffiziere der Marines werden von Moore bei einem Einsatz in seiner Heimatstadt Flint, Ohio beobachtet. Die beiden machen kein Hehl daraus, dass sie arme – meist schwarze – Jugendli-



Michael Moores "Fahrenheit 9/11" bricht in den USA alle Rekorde. Zurecht?

Von Harald Mahrer, SLP Wien-Süd

che, möglichst ohne Perspektive im Visier haben. "Wusstest du das Shaggy bei den Marines war?", antworten sie einem jungen Mann, der als Berufswunsch Musiker angibt. Sie versprechen mit beinahe höhnischem Gesichtsausdruck das Blaue vom Himmel, sollten sich die jungen Leute verpflichten.

Wenig später zeigt Moore das wahre Gesicht des Militärs. In Interviews mit SoldatInnen kommt deutlich zum Ausdruck, was Krieg bedeutet. Aufnahmen die zu Beginn des Kriegs gemacht wurden, zeigen junge Leute, die darüber Auskunft geben, welchen Soundtrack sie zu ihren Panzerangriffen ausgewählt hätten: "Burn Motherfucker, Burn" oder "The Roof is on Fire" dröhnt aus den Lautsprechern,

während Granateinschläge in Saddams Palast aber auch in Wohnhäuser zu sehen sind. Später schlägt die Stimmung um. "Ich verstehe gar nicht, warum uns die Irakis nicht mögen?" "Ich gehe nicht mehr zurück, ich werde keine anderen armen Leute mehr töten." Diese Bilder gehen nahe, es sind normale junge Männer und Frauen – meist aus ärmlichen Verhältnissen – und völlig im Unklaren darüber, weshalb sie in diese Hölle geschickt wurden.

Der Film lebt von vielen eindrucksvollen Bildern, bleibt aber sowohl künstlerisch als auch politisch unter den Möglichkeiten. Moores Linie: "Anyone but Bush!" verbietet allzu viel Kritik an den Demokraten. So wird etwa – anders als in früheren Filmen – nicht er-

wähnt, ob die befragten SenatorInnen, die ihre Kinder nicht in den Irak schicken wollen, DemokratInnen oder RepublikanerInnen sind.

ANYONE BUT BUSH?

In öffentlichen Auftritten wirbt Moore für Kerry. Er sagt nicht, dass Kerry den Afghanistan-Krieg, den Patriot Act und den Irakkrieg unterstützt. Er sagt auch nicht, dass Kerry angekündigt hat, mehr junge Menschen in den Irak zu schicken, um "den Krieg zu gewinnen", obwohl er selbst in seinem Film die Sinn- und Aussichtslosigkeit dieses Unterfangens aufgezeigt hat.

Er verschweigt, dass Kerry die Steuern für die Reichen weiter senken will und gleichzeitig das ohnehin schwache Sozialsystem weiter aushöhlen will. Wirklich Anyone but Bush?

STACHEL IM FLEISCH DES
ESTABLISHMENTS

2000 unterstützte Michael Moore noch die Kandidatur Ralph Naders. 2004 ordnet er sich dem liberalen Mainstream voll unter. Bush muss weg, auch wenn dafür ein Mann an die Macht kommt, der genauso schlimm – nur netter – ist. Dem liegt die von den Demokraten bewusst geschürte Mär, Nader hätte Gores Niederlage verursacht, zugrunde.

Nader kandidiert auch 2004. Entscheidend ist nicht die Anzahl der Stimmen, sondern dass Millionen eine Alternative jenseits der zwei Establishment-Parteien kennen lernen und teilweise aktiv in die Kampagne eingebunden werden. Auch wenn Nader kein Sozialist ist, ist er – mit seinen teilweise radikalen Forderungen – so etwas wie ein Stachel im Fleisch des Establishments. Er könnte ein Kristallisationspunkt für das Entstehen einer neuen Massenbewegung in den USA werden. Moores Film hätte es gut getan, diese Möglichkeit aufzuzeigen, statt sich – wider besserem Wissen – auf Herrn Kerry zu verlassen.

Das Sommerloch gibt's nicht mehr

Früher einmal gab es das "Sommerloch" - in den Sommermonaten geschah einfach nichts. Politik fand im Juli und August einfach nicht statt. Diese Zeiten sind ebenso vorbei wie der lange Nachkriegsaufschwung und die Sozialpartnerschaft.

Auch wenn es eine Parlamentspause gibt, so gehen die Angriffe auf ArbeitnehmerInnen und Jugendliche weiter – und auch die Arbeit der SLP. Die Juni Ausgabe "Diese Regierung macht krank" traf den Nagel ebenso auf den Kopf wie die Sommernummer "Länger Arbeiten - Nein danke!". Die Kürzungen im Gesundheitswesen und die Vorstöße in Richtung Arbeitszeitverlängerung führen zu breitem Unmut. Insofern wurden wir von Personal und Beschäftigten des Hanusch-Krankenhauses, wo wir regelmäßige Zeitungverkäufe organisieren, mit offenen Armen begrüßt. Aktiv waren wir auch



Ich finde, dass Sozialismus eine gute Sache ist. Ich bin der SLP beigetreten, weil ich das Programm gelesen habe und die SLP die Alternative ist, die schon immer unter den großen Parteien gefehlt hat.

Vanessa Klopff, 14 Jahre, Wartberg, OÖ



bei der Betriebsversammlung der Telekom. Auch wenn in den offiziellen Reden vor 1.000 Beschäftigten das Wort Streik nicht fiel, verkauften wir 31 Zeitungen an interessierte KollegInnen.

GEGEN DEN BFJ

Besonders aktiv waren wir während der Sommermonate gegen den rechtsextremen BFJ. Die Mobilisierung für die Demo am 9. Oktober ist in vollem Gange. Kundgebungen, Diskussionen und Aktionen haben hunderte Jugendliche in Wien, Ybbs, Amstetten, Linz und Salzburg erreicht. Linzer SchülerInnen haben schon ein eigenes Transparent für die Kampagne gemalt.

PAKISTANISCHE GENOSSEN
IN ÖSTERREICH

Ein Höhepunkt des Sommers war zweifellos der Besuch von zwei Sozialisten aus Pakistan. Auf mehreren Veranstaltungen berichteten sie über die Probleme, mit denen GewerkschafterInnen und Jugendliche in Pakistan zu kämpfen haben. Sie erzählten auch über ihre Arbeit unter Frauen, gegen Gewalt in der Familie. So unterschiedlich die Situation in Pakistan auch ist, waren doch viele der Themen wie Privatisierung, Antikrieg und der Kampf um Frauenrechte auch für die ZuhörerInnen aus Österreich vertraut.

NEUES MITGLIED

Der jüngste Erfolg der SLP: In Linz können wir ein weiteres Mitglied in unseren Reihen begrüßen. Eine gute Entscheidung wie wir meinen. Alles in allem - kein Sommerloch sondern viele Aktivitäten für eine sozialistische Gesellschaftsveränderung. Im Herbst geht's weiter - mach auch du mit!

TERMIN

Seminar in Linz

8.9. "WAS IST SOZIALISMUS"
9.9. "WAS IST FASCHISMUS"
Anmeldung: 0650-424 63 10

SPENDEN

Unsere Arbeit kostet Geld. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause – ein „All-Inclusive-Abo“ eben. **PSK 8812.733**

SLP IN EIGENER SACHE

Die SLP-Treffpunkte:

SLP-Ortsgruppe Wien-West

Jeden Mittwoch um 19.00 Uhr, Club International, 16., Payerg. 14

SLP-Ortsgruppe Wien-Süd

Jd. Fr. 19.00 Uhr; Bunte Kuh, 5., Zentag./ Siebenbrunneng.

SLP-Ortsgruppe Wien-Mitte

Jeden Donnerstag um 19.00 Uhr im Amerlinghaus, 7., Stiftg. 8

SLP-Ortsgruppe Wien-Nord:

Jeden Freitag, 18.30 Uhr, "Peer Gynt", 20., Jägerstr. 38

SLP-Linz:

Jeden Freitag, 19.00 Uhr "Alte Welt" (im Keller), Hauptplatz 4

SLP-Salzburg

Anzutreffen jeden Dienstag bei den Treffen von SWI in Salzburg, 19.00 Uhr im "Shakespeare" (beim Mirabellplatz)

SLP-Amstetten:

Anzutreffen samstags bei den Treffen von SWI, 16.00 Uhr, Segafredo am Hauptplatz. Nicht regelmäßig: Daher Termine unter Tel. 01/524 63 10 erfragen

Die SWI-Treffpunkte:

SWI in Wien

Treffen bitte telefonisch unter 01/524 63 10 erfragen.

SWI in Salzburg

jd. Di. 19.00 Uhr im "Shakespeare" (beim Mirabellplatz)

SWI-Amstetten:

Immer Samstags 16.00 Uhr, Segafredo am Hauptplatz. Nicht regelmäßig: Daher Termine unter Tel. 01/524 63 10 erfragen



VORWÄRTS ist die Zeitung für Widerstand, Solidarität und Sozialismus.

VORWÄRTS ist parteiisch: Immer für ArbeitnehmerInnen, Frauen und Jugendliche.

VORWÄRTS ist unabhängig vom großen Geld, aber abhängig von seinen UnterstützerInnen.

Abonnement bestellen:

Tel.: 01/524 63 10

oder EUR 18,00* an PSK 8812.733 überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort „Abo“ nicht vergessen!
*Sozialpreis für Menschen ohne eigenem Einkommen EUR 10,00
Alle Preise für 10 Ausgaben inkl. Porto und Versand

Leo Trotzki empfiehlt:

“Das musst Du gelesen haben!”



Krise des Kapitalismus
Wer soll das bezahlen?
Sozialistische Antworten auf Sozialabbau und Armut

A5, 56 Seiten, EUR 4,- (inkl. Versand)

Broschüre wird bei Überweisung auf Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen, Anschrift und Kennwort nicht vergessen!



Neues aus dem CWI

Unterstützt Kampagne gegen Antigewerkschaftsgesetze in Nigeria

Unsere nigerianische Schwesterorganisation DSM bittet um Unterstützung und hat folgende Musterresolution für Gewerkschaften, etc ... ausgearbeitet: "(This organisation) condemns the moves by the Nigerian government to attempt to break up the Nigerian trade union movement and place it under government control. We believe that this is an attempt by the Nigerian government to silence the most effective voice of opposition within Nigeria to its neo-liberal policies. This is the answer of the government to the four general strikes that taken place in Nigeria during the last four years. We offer our support to the opposition of the Nigerian Labour Congress, individual trade unions and other labour organisations to this reactionary measure. We further give our support to the activities of the "Campaign for Democratic and Workers' Rights in Nigeria" against this law and we agree to donate XXXXX to help the CDWR organise more events like the successful rally it held in Lagos on August 23."

GewerkschafterInnen sind aufgerufen diese oder ähnliche Resolutionen in ihren Organisationen einzubringen.

Weitere Infos:
www.socialistnigeria.org

Erfolgreiche Sommer-schulung des CWI

Über 350 TeilnehmerInnen aus 21 Ländern an der heurigen Sommerschulung des CWI drückten die breite Präsenz unserer Internationale rund um den Globus aus. Vor allem die Abschlussdebatte reflektierte die Erfolge im Aufbau des CWI – trotz einer äußerst schwierigen objektiven Situation – in den letzten zehn Jahren. Unsere Internationale hat derzeit z.B. vier Sektionen in Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Auch die Berichte aus Nigeria und Pakistan zeigten, dass erfolgreiche sozialistische Arbeit selbst unter extremen Bedingungen möglich ist.

Nähere Infos:
www.socialistworld.net

Interessante Dokumente veröffentlicht

Auf der Homepage www.marxist.net wurden vom CWI nun wichtige historische Dokumente zur Einschätzung der Sozialdemokratie Anfang der 90er Jahre veröffentlicht. Damals gab es im CWI eine heftige interne Debatte über die Frage der Fortführung der Arbeit von MarxistInnen in sozialdemokratischen Strukturen. Diese und andere Theorie-Dokumente auf: www.marxist.net

www.socialistworld.net

Von Lucy Redler, Sozialistische Alternative (SAV) Berlin

“Der IV. Hartzinfarkt ist tödlich“ oder “Rambo I, Rocky II, Terminator III, Hartz IV – Gegen Gewalt!“ steht auf den Plakaten der MontagsdemonstrantInnen geschrieben. Seit Anfang August gehen jeden Montag Zehntausende Menschen gegen “Hartz IV” besonders in Ostdeutschland auf die Straße. Hartz IV steht für die restlose Streichung der Arbeitslosenhilfe. Menschen, die ab dem 1.1.2005 arbeitslos werden, erhalten nur noch für ein Jahr Arbeitslosengeld und anschließend entweder gar keine Leistungen mehr oder das Arbeitslosengeld II. Das bedeutet für zwei Millionen Menschen massive Einschnitte in ihre soziale Absicherung, ihre Lebensgewohnheiten und ihre Würde. Das Arbeitslosengeld II beträgt in Westdeutschland 345 und in Ostdeutschland 331 Euro. 565.000 Menschen, die bisher Arbeitslosenhilfe erhalten haben, bekommen ab Januar keinen einzigen Cent mehr. Hartz IV macht dadurch viele Frauen von ihren Ehemännern ökonomisch abhängig.

BRECHSTANGE ZUR LOHNSENKUNG

Doch Hartz IV treibt nicht nur Hunderttausende von Erwerbslosen in die Armut. Hartz IV ist auch die Brechstange, um Löhne auf breiter



Jeden Montag demonstrieren Zehntausende gegen die unsozialen Pläne der Regierung.

Front zu senken. Die EmpfängerInnen des Arbeitslosengelds II werden gezwungen, jede “zumutbare Arbeit” anzunehmen. Zumutbar sind Ein- bis Zwei-Euro-Jobs oder auch Jobs, die bis zu 30 % unter Tariflohn bezahlt werden. Das passt zur Strategie der Arbeitgeber und der Regierung: Auf breiter Front sollen Arbeitszeiten verlängert und Löhne gekürzt werden. Nachdem die Beschäftigten von Daimler-Chrysler und Siemens mit horrenden Kürzungspaketen erpresst wurden, geht VW-Personalchef Hartz (der auch für Hartz IV verantwortlich ist) jetzt auch bei VW zum Angriff über und fordert die Absenkung der Personalkosten um 30 Prozent.

Doch während bei Beschäftigten und Erwerbslosen durch Hartz IV, Agenda 2010 und Lohnraub Milliarden geklaut werden, bekommt ein Einkommensmillionär durch

die deutsche Steuerreform jährlich 108.000 Euro geschenkt. Gegen diese offensichtliche Ungerechtigkeit hat sich eine - in erster Linie ostdeutsche - Massenbewegung entwickelt. Die Stimmung ist kämpferisch und explosiv. Neben Erwerbslosen demonstrieren auch Beschäftigte, die Angst haben, dass es ihnen bald genauso ergeht.

WIE KANN HARTZ IV GESTOPPT WERDEN?

Die Montagsdemonstrationen sind ein großartiger Anfang, um die Wut der Menschen auf die Straße zu tragen und den Betroffenen das Gefühl zu geben, sich gemeinsam wehren zu können. Doch Demonstrationen werden nicht ausreichen, um das Gesetz oder gar die Regierung zu Fall zu bringen. Hartz IV ist ein zentrales Projekt der Banken und Konzerne und ihrer Regierung und soll die Kosten

der wirtschaftlichen Krise (wie die Massenarbeitslosigkeit), in der sich der Kapitalismus befindet, auf die Erwerbslosen und Beschäftigten abwälzen. Deshalb wird die Regierung Hartz IV nicht aufgeben, ohne von einer politisch starken Massenbewegung herausgefordert zu werden. So waren die bisherigen Gesetzesänderungen nur kosmetisch und sollten dazu dienen, die Bewegung abzuwürgen.

FÜR EINEN EINTÄGIGEN GENERALSTREIK

Nötig sind deshalb Streiks bis hin zu einem bundesweiten eintägigen Generalstreik von Beschäftigten und Erwerbslosen. Organisiert werden könnte das aber nur durch die Gewerkschaften. Diese nutzen jedoch aus Rücksicht auf ihre Parteifreunde in der Regierung ihr Mobilisierungspotential und

ihre Kampfkraft nicht, um die Proteste auszuweiten und in die Betriebe zu tragen. Statt offensiv zu mobilisieren und sich ggf. Nazis auf den Demos in den Weg zu stellen, legt DGB-Chef Sommer den Menschen nahe, im Zweifelsfall (= wenn Nazis auf den Demos auftreten sollten) zu Hause zu bleiben. Die Herrschenden können so die Präsenz von Nazis auf den Demos nutzen, um die Proteste zu diskreditieren. Aufgrund der Stillhaltepolitik der Gewerkschaftsführung setzt sich die SAV, deutsche Schwesterpartei der SLP, dafür ein, dass Streiks auf örtlicher und regionaler Ebene die Gewerkschaftsführung zum Handeln zu zwingen. Doch die Bewegung muss auch politische Antworten auf Hartz IV, Lohnraub und die gesamte kapitalistische Krise geben. Forderungen wie drastische Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich und ein öffentliches milliardenschweres Investitionsprogramm sind nötig, um Arbeitsplätze zu schaffen. Die SAV spricht sich dafür aus, dass dies durch die Profite der Banken und Konzerne finanziert wird.

TERMIN

Freitag, 1. Oktober, Wien

DISKUSSION: “Wahlen in Deutschland”, 18³⁰ Uhr, SLP Wien-Nord

Selbstbestimmungsrecht für IrakerInnen!

US-Besatzer und ihre Verbündeten bringen keine Demokratie sondern eine neue Diktatur

Von Jan Rybak, SLP Salzburg

Zwar verkündete (noch) US-Präsident Bush bereits am 1. Mai 2003 das Ende der Kampfhandlungen, doch ist ein Ende des Krieges nicht in Sicht. Große Teile der “einfachen Bevölkerung” (sowohl SunnitInnen als auch SchiitInnen) wehren sich erbittert gegen die Besatzer und die Marionetten-Übergangsregierung. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Der Lebensstandard der Mehrheit der Bevölkerung ist, entgegen aller Versprechungen, gesunken, die Strom- und Trinkwasserversorgung ist unzureichend. Die Arbeitslosigkeit liegt bei etwa 70%!

Die irakische Bevölkerung steht demütigenden Straßenkontrollen, willkürlichen Festnahmen, brutalen Misshandlungen und Tötungen gegenüber. Gewalt und Bombenanschläge gehören zum Alltag.

In den Moscheen predigen radikale Geistliche, wie der SchiitInnenführer Al Sadr gegen die BesatzerInnen. Viele, vor allem junge, Iraker folgen diesen Worten und suchen ihr

Heil in Straßenkämpfen und Selbstmordanschlägen gegen die USA und “ihre” Übergangsregierung.

Zwar gibt es eine breite Bewegung gegen die BesatzerInnen, aber sie wird von radikalen Predigern und Organisationen dominiert. Als SozialistInnen unterstützen wir den Kampf des irakischen Volkes gegen die Besatzer – nötig wären vereinigte, demokratische Selbstverteidigungsorganisationen der ArbeiterInnenklasse. Eine wirkliche Befreiung der IrakerInnen kann nur auf Grundlage eines sozialistischen Programms erreicht werden, und nicht durch reaktionäre, gewerkschafts- und frauenfeindliche, islamisch-fundamentalistische Kräfte.

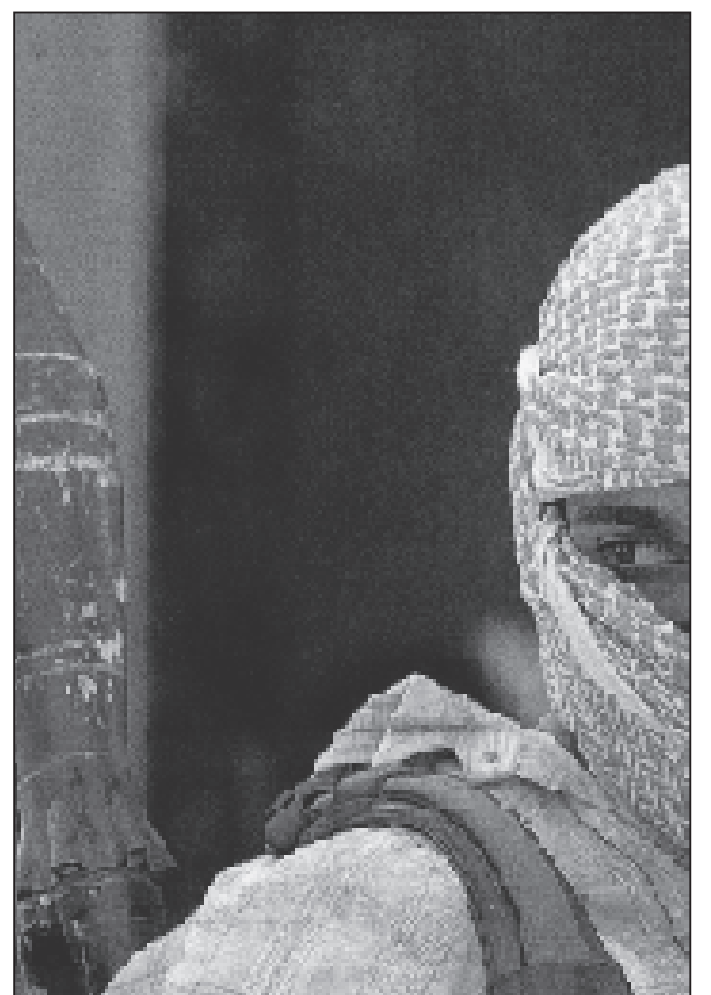
RESTRIKTIVE POLITIK GEGEN GEWERKSCHAFTERINNEN

Der Krieg hat dem irakischen Volk weder Frieden, noch Freiheit, noch Demokratie gebracht. Die neue Regierung bedient sich, wenn's gerade passt sogar der alten Gesetzen der Saddam-Diktatur, um z.B. gewerkschaftliche Proteste zu unterdrücken. So ist es auch weiterhin verboten

sich in der Schlüsselindustrie gewerkschaftlich zu organisieren. Streikende ArbeiterInnen werden verhaftet und von den Besatzungstruppen wie Kriegsgefangene behandelt! Eine Vorgehensweise die in den bürgerlichen Medien totgeschwiegen wird.

NEOLIBERALISMUS IM IRAK & SOZIALISTISCHE ANTWORT

Auch wurde das primäre Ziel der USA und Großbritanniens nicht erreicht, denn eine ausreichende Förderung des irakischen Erdöls- und Gas ist nur bei einer stabilen Lage in der Region möglich. Im Gegenteil. Die Menge des geförderten Öls ist immer noch nur ein Bruchteil der Fördermenge vor dem Krieg, und der Preis pro Barrel befindet sich auf einem Rekordhoch. Dies könnte ein weiterer Schritt hin zur Krise für die, ohnehin schon angeschlagene, Weltwirtschaft sein. Als SozialistInnen sind wir für die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und der Erdölvorkommen unter der demokratischen Kontrolle durch die ArbeiterInnen.



Widerstand gegen die Besatzung wird mit allen Mitteln geführt. Noch fehlt eine klare Perspektive wie dieser Kampf zu gewinnen ist - die Islamisten dominieren zwar, bieten aber keinen Ausweg. Sozialistische Kräfte sind noch schwach.

VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 140

September 2004

Gemeinsam gegen rechtsextreme Gewalt!

9. Oktober 2004: Bundesweite Demonstration in Linz

Von Margarita Döllner,
SLP Wien-Nord

„Gemeinsam gegen rechts-extreme Gewalt – BFJ stoppen!“, so lautet das Motto der Kampagne von Sozialistischer Widerstand International (SWI). Doch um was geht es eigentlich genau und wie kannst du dich daran beteiligen?

WAS IST DER BFJ?

BFJ ist die Abkürzung von Bund Freier Jugend, der vor allem in Oberösterreich aktiv ist. Sein Umfeld zählt etwa 100 Personen, der überzeugte Kern beschränkt sich auf ca. 20 AktivistInnen. Der BFJ pflegt Kontakte zur österreichischen und deutschen faschistischen Szene. BFJler veranstalten regelmäßig rechte Konzerte und Treffen, bzw. nehmen an solchen teil. Ihr Ziel: Einen österreichischen Beitrag zur sich formierenden rechten Szene im deutschsprachigen Raum zu leisten. Dort demonstrierten erst unlängst über 4.000 Nazis im Gedenken an Hitlers Stellvertreter Rudolf Hess. Bereits jetzt gibt es Drohungen und Übergriffe des BFJ gegenüber linken Jugendlichen und ImmigrantInnen. Bei SWI und SLP stoßen diese Versuche allerdings auf entschlossenen Widerstand.

WARUM MACHEN WIR DIESE KAMPAGNE?

Der BFJ hat sich tatsächlich

in den vergangenen 2 Jahren in Oberösterreich ein gewisses Umfeld aufbauen können – die Ausweitung auf andere Bundesländer droht. Warum? Weil sich die soziale Situation von Jugendlichen durch den Sozialabbau und Bildungsklausur der blau-schwarzen Regierung drastisch verschlechtert hat. Jugendliche suchen nach einem Ausweg – ohne linken Gegendruck landen vor allem diejenigen ohne Berührungspunkte gegenüber Ausländerfeindlichkeit schnell bei den rechten Sprücheklopfern. Über seine Sprüche hinaus hat der BFJ vor allem Provokationen gegenüber Linken und NS-Verharmlosung als „Alternative“ zum angeblich bekämpften „System“ anzubieten: Der BFJ versuchte z.B. das Austrian Social Forum anzugreifen und Flugblätter zu verteilen, in denen die Aufhebung des Verbotsgesetzes gefordert wurde.

WIE KÖNNEN WIR RECHTSEXTREME STOPPEN?

Die jüngste Vergangenheit hat uns gezeigt, dass wir uns im Kampf gegen Rechts nicht auf die Polizei verlassen können. Am 1. Mai 2004 waren es hunderte Jugendliche, die eine angekündigte Kundgebung von Rechtsextremen in Wien vereiteln konnte. Wie? Durch eine lautstarke Demo, an der sich verschiedene linke Organisationen beteiligten.

Im November 2003 organisierte SWI eine Demonstration in Floridsdorf. Gemeinsam mit den betroffenen Jugendlichen protestierten wir gegen Skinheads, die am Floridsdorfer Bahnhof ihr Unwesen treiben. Nur der gemeinsame Kampf kann rechtsextreme Gruppen zurückschlagen! Also mach mit bei unserer Kampagne in Linz, Wien und Österreichweit!

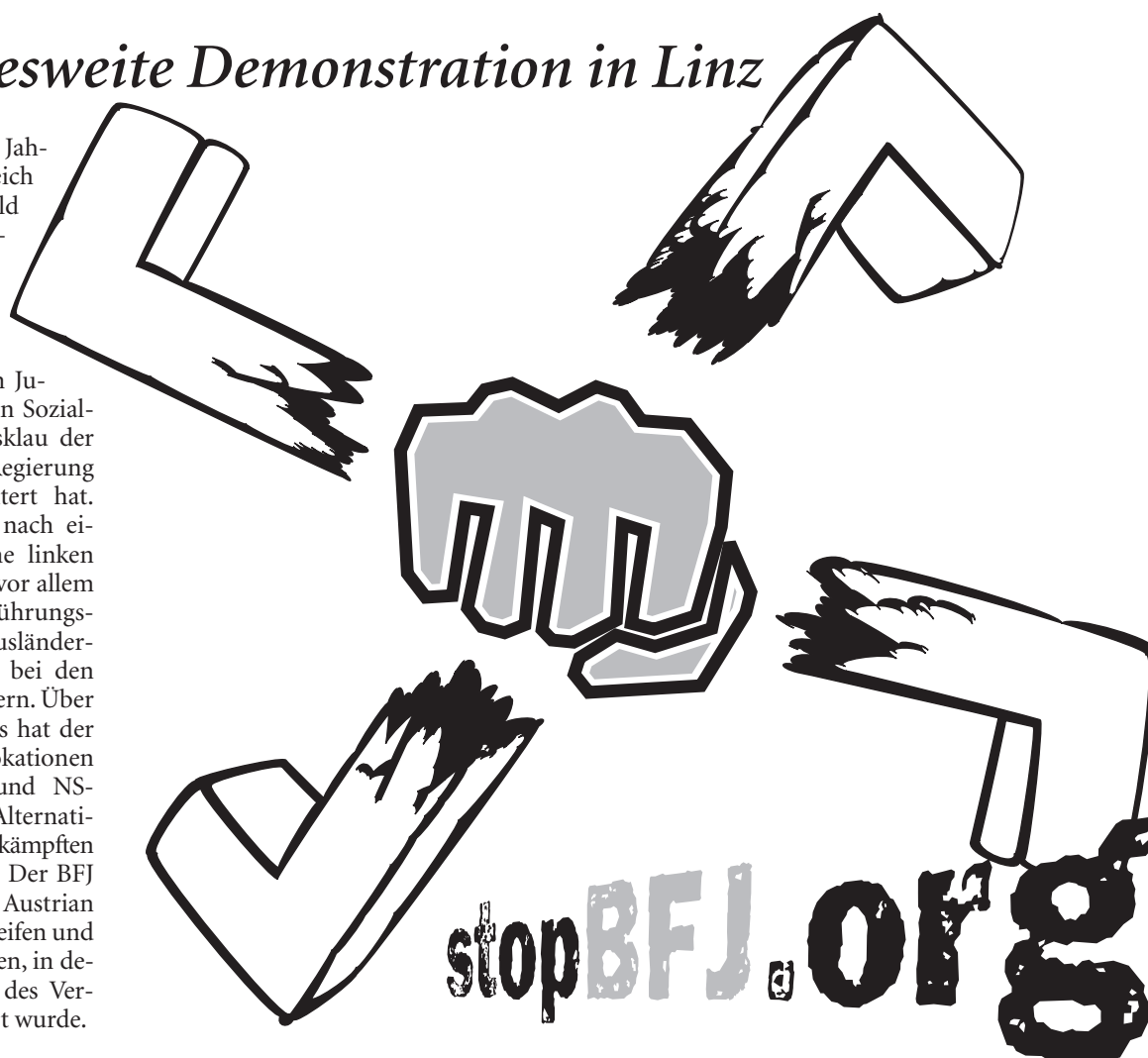
BFJ in Oberösterreich zurückdrängen!

SLP und SWI führen in Oberösterreich eine Kampagne gegen den Bund Freier Jugend (BFJ). In dieser Kampagne versuchen wir Jugendliche über den BFJ aufzuklären und sie für den Kampf gegen Faschismus zu überzeugen. Wir erklären dabei aber auch die Notwendigkeit den Kampf gegen Faschismus mit dem Kampf für eine Systemalternative zum Kapitalismus – den Sozialismus – zu verbinden. In seinen Methoden schreckt der BFJ auch nicht davor zurück in die Öffentlichkeit zu gehen

oder gar Treffen von linken Organisationen zu „besuchen“! Er versucht auch Informationen über linke Organisationen und deren Mitglieder zu sammeln um sie durch Drohungen einzuschüchtern. Diese Versuche bleiben für den BFJ jedoch ohne Erfolg weil uns ausreichend Informationen über den BFJ und dessen Mitglieder vorliegen. Die beste Methode den BFJ zurückzudrängen ist die Mobilisierung möglichst vieler Menschen. Durch Kundgebungen und Demos kann verhindert werden, dass der BFJ

als normal angesehen, dass sich Nazis öffentlich zeigen, Menschen einschüchtern oder verprügeln. Deshalb wir es im Oktober eine Demonstration in Linz geben an der antifaschistische Jugendliche unbedingt teilnehmen sollten.

**DEMONSTRATION
GEGEN RECHTSEXTREME
GEWALT 09 OKT 2004 LINZ**



SWI Amstetten aktiv gegen den BFJ

Auch in Amstetten-Ybbs ist Rechtsextremismus ein Thema. Die Aktivitäten des Bundes Freier Jugend sind nicht nur für linke AktivistInnen in Linz eine Gefahr, sondern stellen bundesweit eine Bedrohung dar. SWI AktivistInnen aus Amstetten und Ybbs nahmen im Juli und August auch an unseren Freitags-Aktionen in Linz teil. Ziel der Aktionen ist es die Öffentlichkeit mit Infotischen über den BFJ zu informieren und Jugendliche darauf anzusprechen gegen Rechtsextremismus aktiv zu werden. Besonders die direkte Konfrontation mit den BFJlern war für viele von uns eine neue Erfahrung. Es gelang uns BFJler die versuchten zu provozieren, von unserem Infotisch zu vertreiben und ihr Selbstvertrauen zu schwächen. Die Demonstration in Linz am 9. Oktober ist für uns ein wichtiger Termin und wir hoffen



viele Jugendliche aus Amstetten und Umgebung davon überzeugen können, an der Demonstration teilzunehmen.

MITMACHEN?

SWI trifft sich jeden Samstag 16⁰⁰ Uhr im Segafredo am Hauptplatz in Amstetten.

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

► **Mehr Programm!**

Das Programm der Sozialistischen LinksPartei 40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at